



vdak Verband der
Angestellten-
Krankenkassen e.V.

AEV - Arbeiter-
Ersatzkassen-
Verband e.V.



KNAPPSCHAFT



Arbeitsgemeinschaft der Spitzenverbände der Krankenkassen

Diskussionsveranstaltung

"Gesundheit nachhaltig gestalten"

Zahlen und Fakten

Mittwoch, 28. Juni 2006
im Hotel Aquino, Tagungszentrum, Katholische Akademie,
Hannoversche Straße 5b, 10115 Berlin

GKV-Finanzergebnisse der GKV im 1. Quartal 2006

Defizit

- 1. Quartal 2006 Defizit bundesweit: 1,14 Mrd. €
- positive Entwicklung im Jahre 2004 setzte sich bereits 2005 nicht fort
- fraglich, ob die im 2. Quartal anfallende Ausschüttung der Bundesbeteiligung (rund 2,1 Mrd. Euro für die GKV insgesamt) ausreicht, um Defizit am Jahresende zu verhindern

stagnierende Einnahmen

- 1. Quartal 2006 Grundlohnentwicklung: geringfügig positiv: + 0,17 %
- konjunkturelle Erholung nicht spürbar
- keine positiven Wirkungen von Hartz IV mehr (Hartz-IV-bedingte höhere Beitragseinnahmen für die GKV, Überzahlungen der Bundesagentur im Laufe des Jahres 2005)
- Gründe für sinkende Einnahmen: anhaltend hohe Arbeitslosigkeit, Rückgang SV-pflichtige Beschäftigung, stagnierende Lohnentwicklung, Kürzung/Streichung von Einmalzahlungen, beitragsfreie Gehaltsumwandlungen, Wechsel in die PKV, sinkendes Rentenniveau

steigende Ausgaben

- 1. Quartal 2006 Leistungsausgaben: deutlicher Anstieg: + 4,8 % je Mitglied, dabei im Osten (+ 6,1 %) deutlicher als im Westen (+ 4,6 %)
- Trendumkehr beim Zahnersatz: + 23,3 % statt der starken negativen Veränderungsrate im Jahre 2005
- Krankenhaus: + 5,8 % je Mitglied, also noch mehr als im letzten Jahr
- Arzneimittelsektor: + 10 % je Mitglied, trotz extrem hoher Veränderungsrate im letzten Jahr
- Heil- und Hilfsmittelbereich: + 3,3 %
- Krankengeldbereich: - 3,7 %

Mögliches Finanztableau nach den Vorschlägen der Spitzenverbände

Zusätzlicher jährlicher Finanzbedarf anwachsend
bis 2009 (wird auch von der Koalition so geschätzt)

17 - 20 Mrd. Euro

Entlastungsvorschläge zur Deckung des Finanzbedarfs

Kompensation für Verschiebebahnhöfe aus
Steuern (siehe beiliegende Liste) 4,5 Mrd. Euro

Erstattung versicherungsfremder Leistungen aus
Steuern (siehe beiliegende Liste) 5,2 Mrd. Euro

Reduzierung des jährlichen Ausgabenanstiegs bei
Arzneimitteln und Krankenhausbehandlungen um
ca. 50 Prozent 6,0 Mrd. Euro

Summe der GKV-Entlastungen nach Vorschlägen
Spitzenverbände

15,7 Mrd. Euro

Anmerkung: Hinzuzurechnen ist ein Ausgleich für Beitragsausfälle aufgrund von arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen (insbesondere Umwandlung von Normalarbeitsverhältnissen in Minijobs, Frühverrentung etc.). Die Spitzenverbände gehen hier von mehreren Mrd. Euro aus.

Belastungen der GKV durch sozialpolitische Verschiebepbahnhöfe und versicherungsfremde Leistungen seit 1995

Regelung / Leistung	Rechtsgrundlage (SGB V soweit nicht anders angegeben)	jährl. Belastung in Mrd. Euro
Sozialpolitische Verschiebepbahnhöfe		4,48 Mrd. Euro
Senkung der Beitragsbemessungsgrundlage für Bezieher von Arbeitslosenhilfe ¹	Wachstums- und Beschäftigungsförderungsgesetz vom 25.09.1996	0,12
Senkung der Beitragsbemessungsgrundlage für Bezieher von Arbeitslosenhilfe ¹	Einmalzahlungs-Neuregelungsgesetz vom 21.12.2000	0,61
Neuregelung der Renten wegen Erwerbsminderung (steigender Anteil zeitlich begrenzter Erwerbsminderungsrenten)	Gesetz zur Reform der Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit vom 20.12.2000	0,72
Neuregelung der Beitragsbemessung für freiwillig in der GKV versicherte Sozialhilfeempfänger	Urteile des Bundesverfassungsgerichts vom 19.12.2000	0,19
Beitragsausfälle durch Entgeltumwandlung	Altersvermögensgesetz vom 26.06.2001	0,28
Neuregelung der Krankenversicherung der Rentner (Wahlmöglichkeit für Rentner, die lt. BVerfG zum 01.01.02 versicherungspflichtig wurden, zur freiwilligen Mitgliedschaft)	10. SGB V-Änderungsgesetz vom 23.03.2002	0,15
Minderung der Bemessungsgrundlage für Empfänger von Arbeitslosenhilfe ¹	Erstes Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt	0,70
Minderung der ausgezahlten Arbeitslosenhilfe ¹	Erstes Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt	0,20
Wegfall der Dynamisierung des Bemessungsentgelts (Wegfall der Anpassung des	Erstes Gesetz für moderne Dienstleistungen am	0,02

¹ Arbeitslosenhilfe wurde inzwischen durch Arbeitslosengeld II ersetzt; hat zunächst zu Mehreinnahmen geführt, die jetzt durch das Haushaltsbegleitgesetz wieder zurückgeführt werden.

Regelung / Leistung	Rechtsgrundlage (SGB V soweit nicht anders angegeben)	jährl. Belastung in Mrd. Euro
Arbeitslosengeldes an die Lohnentwicklung)	Arbeitsmarkt	
Entgeltsicherung für ältere Arbeitnehmer (keine Krankenversicherungsbeiträge auf Zuschüsse zum Arbeitsentgelt)	Erstes Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt	0,10
Erhöhung der Entgeltgeringfügigkeitsgrenze ²	Zweites und Drittes Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt	0,13
Einführung der Gleitzone (Arbeitsentgelt wird hier nur teilweise bei der Beitragsbemessung berücksichtigt)	Zweites und Drittes Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt	0,34
Beitragsbemessung für Selbständige in der Ich-AG (niedrigerer Mindestbeitrag im Vergleich zu „normalen“ Selbständigen)	Zweites und Drittes Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt	0,08
Senkung der Anspruchsdauer für Empfänger von Arbeitslosengeld I	Gesetz zu Reformen am Arbeitsmarkt	0,60
Aussetzung der Rentenanpassung	Zweites Gesetz zur Änderung des SGB VI und anderer Gesetze	0,14
Verschiebung des Auszahlungstermins der Rente für Neurentner	RV-Nachhaltigkeitsgesetz	0,10

Versicherungsfremde Leistungen		5,22 Mrd. Euro Für
<i>die kursiv gedruckten Leistungen erhalten die gesetzlichen Krankenkassen noch bis zum Jahr 2007 Zuschüsse aus Bundesmitteln.</i>		
Mindereinnahmen wegen Beitragsfreiheit während Mutterschutzfristen und Erziehungsgeldbezug	§ 224	1,50
Medizinische Vorsorge und Reha für Mütter und Väter	§ 24, § 41	0,36
<i>Empfängnisverhütung, Schwangerschaftsabbruch und Sterilisation</i>	<i>§§ 24 a, b</i>	<i>0,17</i>
<i>Haushaltshilfe</i>	<i>§ 38</i>	<i>0,23</i>
<i>Krankengeld bei Arbeitsunfähigkeit, stationärer</i>	<i>§§ 44, 45</i>	<i>0,11</i>

² Nicht berücksichtigt ist die Umwandlung von Normalarbeitsverhältnissen, die in erheblichem Umfang stattgefunden hat.

<i>Behandlung und Erkrankung des Kindes</i>		
<i>Schwanger- und Mutterschafts-leistungen</i>	<i>div.</i>	<i>2,22</i>
<i>Mutterschaftsgeld</i>	<i>§ 200 RVO</i>	<i>0,62</i>
Künstliche Befruchtung	§ 27 a	0,01
Hauswirtschaftliche Versorgung	§ 37	
Soziotherapie	§ 37 a	
Förderung von Einrichtungen zur Verbraucher- und Patientenberatung	§ 65 b	
Unterstützung der Versicherten bei Behandlungsfehlern	§ 66	

Quelle: F. Beske / T. Drabinski, IGSF Kiel: „Zu Lasten der gesetzlichen Krankenversicherung“, Oktober 2004

Zahlen und Fakten

- GKV - PKV

	GKV	PKV
Versicherte (1.1.2005)	69,8 Mio.	8,3 Mio.
davon Mitglieder	50,4 Mio.	-
davon im Standardtarif	-	15 Tsd.
Versicherte unter 18 Jahre	12,8 Mio.	1,3 Mio.
Anbieter	250	50
davon Aktiengesellschaften	-	30
davon V.V.a.G.	-	20
Verwaltungskosten 2003		
absolut	8,2 Mrd. Euro	3,1 Mrd. Euro
in Prozent der Ausgaben	5,7	-
in Prozent der Bruttoprämien	-	12,3
Alterungsrückstellungen	-	93,8 Mrd. Euro
davon KV	-	80,4 Mrd. Euro
davon PV	-	13,4 Mrd. Euro
Anzahl Zusatzversicherungen	-	16 Mio.
Gesundheitsausgaben für Kinder	11,8 Mrd. Euro	4 Mrd. Euro

- Finanzierung

Anhebung um	erbringt rund
1 Beitragssatzpunkt	10 Mrd. Euro
1 Prozentpunkt MWSt.	8 Mrd. Euro
1 Prozentpunkt Solidaritätszuschlag	2 Mrd. Euro

Durchgeführte Anhebung der	erbringt 2006
Einkommenssteuer um 1 Prozentpunkt beim Höchstsatz auf 43%	970 Mio. Euro
Körperschaftssteuer um 1 Prozentpunkt auf 26%	880 Mio. Euro

Zu weiteren Wirkungen steuerrechtlicher Änderungen zum Jahreswechsel 2005/2006 siehe Anlage (Auszug aus: BMF, Datensammlung zur Steuerpolitik 2005)

